



Presseinformation

zur 20. Sitzung des Kreistages (Haushaltssitzung)
am 28.01.2019

TOP 4.2

Beschlussfassung über den Stellenplan 2019

Sachverhalt:

Im Stellenplan 2018 standen der Landkreisverwaltung für den Bereich der Beamten **28** und für den der Arbeitnehmer **277,26** Planstellen zur Verfügung.

Der Stellenplanentwurf 2018 (vgl. Anlage 1) berücksichtigt die im Laufe des Jahres 2017 bereits vorgenommenen internen Verschiebungen durch Arbeitszeitänderungen, Umsetzungen und Aufgabenverlagerungen bzw. -mehrungen sowie ggfs. Beschlüsse der Gremien. Erforderliche Anpassungen bei den Produktzuordnungen sind eingearbeitet. Der Entwurf weist für das Haushaltsjahr 2019 bei den Beamten **28** und bei den Arbeitnehmern **278,26** Planstellen auf.

Bei den Planungsansätzen sind feststehende Höhergruppierungen, Statusänderungen, Stufenaufstiege und Beförderungen sowie befristete Arbeitszeiterhöhungen/ -reduzierungen eingerechnet. Die sich aus der Umsetzung der neuen Entgeltordnung zum TVöD ergebenden Neueingruppierungen sind berücksichtigt.

Teil I.1: Beamte

Die Anzahl der im Entwurf ausgewiesenen Beamtenstellen ist gegenüber dem Vorjahr mit **28** Planstellen gleich geblieben. Durch die Besetzung des Datenschutzbeauftragten mit einem Beamten der 3. Qualifikationsebene musste die im Haushalt 2018 genehmigte Stelle mit der Wertigkeit E10 TVöD in eine Beamtenplanstelle mit der Wertigkeit A 11 umgewandelt werden. Im Gegenzug wurde eine Beamtenplanstelle der Wertigkeit A 12 in eine Stelle für Arbeitnehmer mit der Wertigkeit E 11 TVöD umgewandelt. Derzeit sind drei Planstellen mit Beschäftigten besetzt.

Im Rahmen von anstehenden Beförderungen werden folgende Stellen angehoben:

- 2,0 Stellen von A 10 nach A 11
- 1,0 Stellen von A 9 nach A 10
- 1,0 Stellen von A 7 nach A 8

Bei der Übersicht für Bedienstete zur Ausbildung (Teil III) sind drei Stellen für Studierende der 3. Qualifikationsebene ausgewiesen. Bei der 2. Qualifikationsebene ist eine Stelle für Nachwuchsbeamte vorgesehen. Weitere 16 Nachwuchskräfte befinden sich in Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten (VfA-K). Hinzu kommt eine Ausbildungsstelle für eine/n Auszubildende/n als Straßenwärter.

Teil I.2: Arbeitnehmer

Im vorliegenden Stellenplanentwurf ist die Anzahl der Stellen für Arbeitnehmer mit **278,26** Planstellen gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Stellenanteile gestiegen.

In der 17. Sitzung des Kreistages am 09.07.2018 wurde unter TOP 6 in öffentlicher Sitzung die Einstellung in die Stellenpläne 2019 und 2020 einer Stelle mit der Wertigkeit E 10 und einem Stellenanteil von 0,5 beschlossen. Diese Stelle ist für eine/n Integrationslotsen/in vorgesehen.

Weiterhin wurde in der 18. Sitzung des Kreistages vom 01.10.2018 wurde im TOP 4 der öffentlichen Sitzung die Schaffung einer Stelle mit der Wertigkeit E 11 TVöD und einem Stellenanteil von 0,5 beschlossen. Diese Stelle ist für die Gesundheitsregion^{plus} eingestellt worden.

II. Stellenneuschaffungen

Im Zuge der Planungen zum Haushalt 2019 wurde von den Fachstellen die Anforderung nach insgesamt **16,81** Stellen vorgetragen. Durch interne Maßnahmen konnte die Zahl der zu schaffenden Stellen auf **9,31** Stellen reduziert werden. Im Einzelnen gilt es über nachfolgende Sachverhalte zu entscheiden:

II.1 Gleichstellungsbeauftragte (11128100)

Die bisherige Gleichstellungsbeauftragte hat uns mittlerweile verlassen. Daher wurde eine interne Ausschreibung der Position erforderlich. Bisher wurden die Tätigkeiten von einer Vollzeitkraft wahrgenommen, die dann mit 25% von ihren Tätigkeiten freigestellt wurde.

Die jetzige Bewerberin ist zu 50% beim Landratsamt beschäftigt und würde bei einer Freistellung ihre bisherigen Tätigkeiten nicht erfüllen können. Deshalb wurde in einem gemeinsamen Gespräch angedacht, die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten eigenständig zu schaffen und zwar mit 0,25 Stellenanteilen der Wertigkeit E 10 TVöD.

II.2 Kämmerei (11130200)

Ab dem Jahr 2021 wird sich das Umsatzsteuerrecht massiv ändern. Um die erforderlichen Arbeiten für die Umstellung und die sehr zeitaufwändigen Vorbereitungen durchführen zu können, wird die Schaffung einer vollen Stelle mit der Wertigkeit E 8 TVöD vorgeschlagen. Die oder der zuständige Stelleninhaber/-in soll auch über den Zeitraum ab 2021 hinaus als Ansprechpartner/in fungieren (Tax Compliance). Das Fehlen einer solchen Stelle kann von Seiten des Finanzamtes bei Fehlern in den Steuererklärungen bereits als Organisationsverschulden gewertet werden und somit als grob fahrlässig angelastet werden, wodurch eine Haftung bei uns liegen würde.

II.3 Gebäudewirtschaft (11173000)

Um die Umsetzung genehmigter Projekte und die Projektzuarbeit und Leitungsververtretung bei laufenden Baumaßnahmen gewährleisten zu können, ist eine Architektenstelle in der Gebäudewirtschaft notwendig. Hinzu kommt der sukzessive Ausbau des Glasfasernetzes an den Schulen, die weiteren Sanierungen an den Schulen, die Erstellung eines Sanierungskonzeptes an den Landkreishallen und vor allem die Vorbereitung des Realisierungswettbewerbes für den Anbau des Landratsamtes. Daher wird gebeten, eine Stelle der Wertigkeit E 10 TVöD neu zu schaffen.

Die Aufarbeitung der Rückstände und die Umsetzung dringend notwendiger Maßnahmen

hinsichtlich der Betreiberverantwortung ergeben einen zusätzlichen Bedarf. Somit könnte ein bisheriger Mitarbeiter in der Gebäudewirtschaft seine Arbeitszeit von derzeit 24 Wochenstunden auf Vollzeit aufstocken. Dies würde einen Stellenanteil von 0,40 bedeuten.

II.4 Kämmerei (11370000)

Aufgrund der anfallenden Arbeiten im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung / des operativen Controllings, insbesondere des weiteren Ausbaus des Berichtsprogrammes Kosy ist es zwingend erforderlich, den Stundenanteil von einer Mitarbeiterin unbefristet auf 30 Wochenstunden zu erhöhen.

II.5 Abfallwirtschaft (53711922)

Der Wertstoffhof Rangau verzeichnete in den vergangenen Jahren einen stetigen Zuwachs an Anlieferungen, vor allem beim Grüngut. Um die Kapazitäten der Anlage dem steigenden Bedarf anzupassen, entschied sich der Landkreis, ein Ingenieurbüro für die Erweiterungsplanung des Wertstoffhofes zu beauftragen (Beschluss des Bauausschusses vom 13.06.2018).

Die Bauphase erfolgt bei laufendem Betrieb der Anlage. Aus Gründen des sicheren und ordnungsgemäßen Betriebs bringt eine größere Anlage bereits während der Bauphase, welche voraussichtlich im Mitte 2019 beginnt, einen zusätzlichen personellen Bedarf mit sich. Derzeit ist geplant, zunächst eine Stelle für eine/n Auszubildende/n auszuschreiben und die Kraft selbst auszubilden. Sollte sich aber kein Azubi für die Einstellung 1.9.2019 finden, muss die Stelle ausgeschrieben werden. Die Stelle wird nicht besetzt, wenn wir einen Azubi finden, aber es ist geplant, die Stelle dann für diesen Azubi zu reservieren und sie/ihn nach der Ausbildung zu übernehmen.

II.6 Betreuungsstelle (34300000)

Die Personalsituation in der Betreuungsstelle ist seit 1995 unverändert. Seither haben sich die Zahlen der Gerichts- und Amtsermittlungsverfahren von 300 auf 1.476 nahezu verfünffacht und die Zahl der Unterbringungen sind 30 auf 79 gestiegen und erreichen somit auch über das Doppelte. Neben der reinen Fallzahlensteigerung sind auch im Hinblick auf zunehmende Krankheitsbilder zusätzliche Aufgaben hinzugekommen, als Beispiele sind hier verschiedene Arbeitskreise (Berufsbetreuertreffen, Mut zur Alternative, mittelfränkische Betreuungsstellen, Schulung von ehrenamtlichen Betreuern) hinzugekommen.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit und die prophylaktische Beratung/Aufklärung hat über die Jahre deutlich zugenommen und sollte stetig weiterverfolgt werden.

Zur weiteren Unterstützung des vorhandenen Teams wäre es daher essentiell, wenn eine Unterstützung für die erforderlichen Verwaltungstätigkeiten gewährleistet werden könnte.

Daher ist die Schaffung einer Vollzeitstelle mit der Wertigkeit E 6 TVöD und der Besetzung mit einer/einem Verwaltungsmitarbeiter/in angestrebt.

II.7 Jugendamt (36390000)

Im Rahmen des Pflegekinderdienstes wurde die Personalbemessung erneut fortgeschrieben und die einzelnen Kern- und Teilprozesse wurden noch näher beleuchtet als im Vorjahr. Aufgrund der diesjährigen Fortschreibung berechnet sich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 0,31 einer Vollzeitstelle, um die Pflege- und Adoptivfamilien zukünftig umfassend betreuen zu können. U.a. wurde berücksichtigt, dass im Rahmen der Vollzeitpflege die vermehrten Auseinandersetzungen mit den leiblichen Eltern – häufig verbunden mit psychischen Erkrankungen – und der Umgang mit den verstärkten (psychischen) Auffälligkeiten der Kinder zusätzliche, zeitintensive Gespräche (auch mit Schulen, Therapeuten, etc.) erfordern. Zwei Teilzeitkräfte des Pflegekinderdienstes sind

bereit, ihre Arbeitszeit dementsprechend dauerhaft aufzustocken.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich im Jugendamt seit 2012 von 30 auf 50 erhöht. Diese Zunahme kam insbesondere durch gestiegene Fallzahlen einiger Hilfearten in den letzten Jahren, sowie mit den im Laufe der Zeit neu hinzugekommenen Pflichtaufgaben, wie mtl. Mündelkontakte, Ausweitung der Unterhaltsvorschussleistungen, Umsetzung der Inklusion, u.v.m., zustande. Mit dem Anstieg der personellen Kapazitäten im Jugendamt, sowie aufgrund der Weiterentwicklung der Jugendhilfe, sind auch die Leitungsaufgaben und die Führungsverantwortung der Jugendamtsleitung vielfältiger bzw. umfangreicher geworden, sodass ein Ausbau der Stellvertretung erforderlich wird. Um nicht nur eine Abwesenheitsvertretung zu haben, sollte die Vertretung der Jugendamtsleitung mit einem Stellenanteil von 0,25 in der Wertigkeit E 12 ausgeweitet werden.

Im Bereich der Kita-Gebühren und Gewährung der Tagespflege hat die Fortschreibung der Personalbemessung ergeben, dass aufgrund der gestiegenen Fallzahlen und auch der immer aufwendiger werdenden Bearbeitung der Anträge ein zusätzlicher Stellenanteil von 0,11 erforderlich wird. Dieser könnte durch die Aufstockung einer Teilzeitkraft abgedeckt werden.

II.8 Jugendgerichtshilfe (36930010)

Es wird beantragt, für die Jugendgerichtshilfe eine derzeitige Teilzeitstelle zu einer Vollzeitstelle aufzustocken. Bereits in den letzten Jahren hat sich immer ein geringer Stellenmehrbedarf ergeben, welcher jedoch nicht angepasst wurde, weil Vieles durch ihre Erfahrung und gute Einschätzung der Fälle ausgeglichen werden konnte. Zudem konnten in der Vergangenheit viele Verwaltungsaufgaben an das Schreibbüro abgegeben werden (Diktate, Anschreiben, Ablage, Erfassung im FAUST-Programm). Für diesen Bereich stand der damaligen Verwaltungskraft (vor der Umstrukturierung des ASD) sogar eine halbe Stelle zur Verfügung. Diese Arbeiten können durch die jetzigen Verwaltungskräfte nicht im vollen Umfang erledigt werden.

II.9 Ausländerbehörde (12220000)

Aufstockung einer Stelle von 0,64 auf eine Vollzeitstelle mit der Wertigkeit E 8 TVöD, aufgrund der e-Akten-Einführung und der gestiegenen Ausländerzahlen und den höheren Anforderungen bei humanitären Aufenthaltstiteln oder Aufenthaltstiteln zur Erwerbstätigkeit wird sich der Arbeitsbereich ändern und es wird eine verstärkte Sachbearbeitung erforderlich.

Des Weiteren wird im Hinblick auf die stetig steigende Ausländerzahl, der Tatsache, dass der Landkreis Fürth weiterhin Zuzugslandkreis ist, der durchschnittlichen Personalausstattung benachbarter Ausländerbehörden, der sich bereits abzeichnenden personellen beruflichen Weiterentwicklung der Mitarbeiter und der weiterhin steigenden Anforderungen an die Migrationssteuerung für das kommende Haushaltsjahr eine weitere volle Planstelle E 8 TVöD empfohlen. Im Schnitt sind im Landratsamt Fürth pro Mitarbeiter 1.693 Ausländer zu bearbeiten, in vergleichbaren Landratsämtern schwankt die Zahl der zu betreuenden Ausländer zwischen 1.200 und 1.313 pro Mitarbeiter.

II.10 Wohnungswesen (52211000)

Aufgrund der Aufgabenmehrung und der erforderlichen Neuorganisation im Sachgebiet wurden einer Kollegin neue Aufgaben zugewiesen, die aber nicht der von ihr bislang verfügbaren Arbeitszeit zu erledigen sind. Bisher sind hierfür 0,39 Stellenanteile vorgesehen gewesen, was einer reinen Arbeitszeit von 15 Wochenarbeitsstunden, durch die Erhöhung um 0,11 Stellenanteile stehen dann 19,5 Wochenstunden zur Verfügung.

II.11 Wasserrecht (55211000)

Hier kommt es seit Februar 2018 zu einer längerfristigen Erkrankung eines Beamten. Da diese nicht aus der Lohnfortzahlung fallen, kann eine Zwischenbesetzung nicht erfolgen. Ob der Beamte noch einmal zurückkehren wird, oder doch vorzeitig pensioniert wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Deshalb sollte vorsorglich eine Stelle mit der Wertigkeit A 11 und einem kw-Vermerk geschaffen werden. Der kw-Vermerk sollte mit Ausscheiden des Stelleninhabers der derzeit verfügbaren Stelle verknüpft werden. Die Rückstände im Bereich Wasserrecht müssen aufgearbeitet werden, eine weitere Anhäufung von Rückständen sollte nicht erfolgen, da in dem Bereich hochsensible Punkte noch nicht abgearbeitet werden konnten.

Die Schaffung einer Stelle der Wertigkeit E8 ist erforderlich, da hier eine Auszubildende auf einer Beamtenstelle der 3. Qualifikationsebene zunächst eingestellt wurde, um die wichtigsten Arbeiten weiter erledigen zu können. Allerdings wird die Stelle der 3. QE aufgrund der oben dargelegten Rückstände und schwierigen Fälle im Wasserrecht weiterhin benötigt. Sodass eine zusätzliche Stelle weiterhin unerlässlich ist.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag stimmt dem Stellenplan in der vorliegenden Form zu.
2. Zusätzlich werden nachfolgend aufgeführte Stellen neu ausgewiesen und mit den erforderlichen Mitteln in den Haushalt 2019 eingestellt:

a) Produktkonto Nr.: 11128100 0,25 E 10 TVöD Gleichstellungsbeauftragte	15.710 €
b) Produktkonto Nr.: 11130200 1,0 E 8 TVöD Kämmerei (Umsatzsteuer)	38.323 €
c) Produktkonto Nr.: 11173000 1,4 E 10 TVöD Gebäudewirtschaft	86.991 €
d) Produktkonto Nr.: 11370000 0,27 E 8 TVöD Kämmerei	14.804 €
e) Produktkonto Nr.: 53711922 1,0 E 5 TVöD Wertstoffhof	33.952 €
f) Produktkonto Nr.: 34300000 1,0 E 6 TVöD Betreuungsstelle	35.413 €
g) Produktkonto Nr.: 36390000 0,31 S 14 SuE Pflegekinderdienst	21.213 €
h) Produktkonto Nr.: 36390000 0,25 E 12 TVöD Jugendamt 0,11 E 8 TVöD Jugendamt	19.934 € 7.847 €
i) Produktkonto Nr.: 36390010 0,25 S 12 SuE Jugendgerichtshilfe	15.251 €
j) Produktkonto Nr.: 12220000 1,36 E 8 TVöD Ausländerbehörde	56.718 €
k) Produktkonto Nr. 52211000 0,11 E 7 TVöD Wohnungswesen	5.905 €

I) Produktkonto Nr. 55211000	
1,0 A 11 BayBesG Wasserrecht (kw-Vermerk)	63.980 €
1,0 E 8 TVöD Wasserrecht	48.943 €